

## **Beibehaltung der Einspeisevergütung für Solarstrom**

Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/961 -

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle erst einmal ganz herzlich dem Minister Schöning und auch dem Herrn Staatssekretär danken für ihre Ausführungen. Ich möchte das auch hier an dieser Stelle sagen, ich bedanke mich auch für das Engagement, das die Landesregierung hier an den Tag gelegt hat, das haben wir ja auch gespürt und gefühlt. Dennoch möchte ich, dass wir heute auch noch einmal über diese Frage Einspeisevergütung, Senkung der Einspeisevergütung hier sprechen und möchte auch deshalb ganz einfach, dass unser Antrag, den wir heute eingebracht haben, noch mal in diesem Plenum debattiert wird. Zu den Ausführungen von Herrn Worm werde ich nachher noch mal in meiner Rede kommen. Lassen Sie mich an dieser Stelle noch mal einige Aspekte sagen. Im Januar haben wir im Plenum debattiert über diese Frage. Wir sind zu einem fast einstimmig gefassten Appell des Thüringer Landtags gekommen. Firmen und fast alle Abgeordneten im Thüringer Landtag intervenierten bei den Thüringer Bundestagsabgeordneten, um die Absenkung zu verhindern. Firmen demonstrierten an ihren Standorten, viele von uns waren vor Ort, doch alles umsonst. Schaut man sich unsere Bundestagsabgeordneten an, die Thüringen vertreten, zumindest die Bundestagsabgeordneten der CDU und FDP, kann ich nur sagen, alle stimmten letztendlich der Senkung der Einspeisevergütung zu. Ja, ich sage, die eigenen Parteikollegen, Ihre eigenen Parteikollegen haben sich gegen Thüringen, haben sich letztendlich auch gegen ein Votum des Thüringer Landtags ausgesprochen.

*(Beifall DIE LINKE)*

Die Zustimmung der Thüringer CDU-Abgeordneten zu den geplanten Einschnitten bei der Solarförderung ist für mich ein eklatanter Verstoß gegen die Interessen des Freistaats Thüringen. Spätestens an dieser Stelle muss die Frage erlaubt sein, in wessen Verantwortung sich die Abgeordneten sehen und ob sie überhaupt noch die Kompetenz mitbringen, für diesen Freistaat zu votieren.

*(Beifall DIE LINKE)*

Dabei hatten sogar - auch das ist heute hier schon mehrfach gesagt worden - die Experten vor der Entscheidung gewarnt. Im Unterausschuss des Deutschen Bundestags wurde eine Sachverständigenanhörung durchgeführt. Die überwiegende Mehrheit der Sachverständigen hat dort bei dieser Anhörung gesagt, die Reduzierung der Einspeisevergütung gefährdet den Fortschritt der Bundesrepublik Deutschland in dieser Technologie und viele Tausend Arbeitsplätze in Deutschland. Wir haben das ja auch heute zumindest von einigen wieder gehört. Auch das wurde ignoriert. Das 100 Mio. € schwere Programm der Bundesregierung zur Solarforschungsförderung, welches die CDU-Abgeordneten immer wieder als Gegenargument anführten, ist zwar zu begrüßen, kann aber die Kürzung, die hier hingenommen werden muss, nicht kompensieren. Ich sage das noch einmal an dieser Stelle, von diesem Platz, das hat schon das Geschmäckle eines gefühlten Bestechungsversuchs.

Im Bundestag wurde behauptet, die Maßnahme sei notwendig, weil sich die erneuerbaren Energien auf dem Markt durchsetzen müssen. Pauschal betrachtet stimmt das natürlich.

Aber hier muss ich warnen. Der Markt setzt prinzipiell Marktgleichheit der Marktteilnehmer, in diesem Fall der Anbieter voraus. Von einer Marktgleichheit der Anbieter kann jedoch leider keine Rede sein. Es kann zunächst einmal keine Rede davon sein, mit Blick auf das Verhältnis der chinesischen Produktion zur deutschen Produktion. Die Kürzung der degressiv angelegten Subventionen wird mit dem Marktangebot in China begründet. Dort wird die Produktion durch entsprechende staatliche Förderung künstlich billig gehalten. Ein solcher Protektionismus ist das Gegenteil von Markt. Wenn also diese Maßnahmen jetzt wegen der chinesischen Billigprodukte ergriffen werden, dann kann die Schlussfolgerung doch nur sein, dass die neu ausgerichtete Förderung nun ausgerechnet der deutschen Photovoltaikindustrie helfen würde produktiver zu werden, nicht richtig ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Dazu müsste allerdings das Gegenteil der Kürzung der Einspeisevergütung vorgenommen werden. Man kann die deutsche Produktivitätsentwicklung aber nur weiter vorantreiben, wenn sie weiterhin existiert, aber nicht, wenn nur eine, zwei oder drei große Firmen übrig bleiben.

Auf das Prinzip der Marktgleichheit sei an dieser Stelle auch noch ein weiterer Aspekt angeführt. Durch die bisherigen Marktverhältnisse, durch das Hochpäppeln mit vielen Subventionen über Jahrzehnte hinweg für Kohle, für Atomenergie, mit vielen Privilegien gesetzlicher Art ist eine hochkonzentrierte, herkömmliche Energiewirtschaft entstanden. Wer jetzt glaubt, mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz erreichen zu können, dass sich neue Technologien, erneuerbare Energien einschließlich der Photovoltaik gegen diese hochkonzentrierten, monopolisierten Strukturen auf dem Markt gegen E.ON, Vattenfall und wie sie alle heißen, durchsetzen, übersieht objektiv, dass keine Marktgleichheit zwischen etablierten Anbietern und neu auf den Markt gekommenen gegeben ist. Jetzt komme ich noch einmal zu der Frage, die vorhin mein Kollege Adams an Herrn Worm gestellt hat. Laut Greenpeace wurden Atomkraftwerke in 60 Jahren mit 165 Mrd. € unterstützt. Wenn man mal die jetzigen Fördersätze zugrunde legt, die es für erneuerbare Energien gibt, dann würde die Solarindustrie 3.300 Jahre benötigen, um diese 165 Mrd. € zu erreichen. Ich glaube, das sagt doch wohl genug an dieser Stelle.

*(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)*

Deshalb sage ich auch, nennen wir es doch beim Namen. Durch die Erfolgsstory der erneuerbaren Energien gerät erstmals die marktbeherrschende Stellung der vier Energiekonzerne ins Wanken und es tun sich überzeugende Alternativen für eine andere Energiepolitik, für ein anderes bürger- und umweltfreundliches Energiewirtschaftssystem auf. Die Reduzierung der Einspeisevergütung dient der einseitigen Sicherung des Marktdiktats durch die Stromkonzerne. Das hat überhaupt nichts mit freier und sozialer Marktwirtschaft zu tun.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein paar Sätze zum Alternativantrag sagen. Man kann mit den Passagen zwar mitgehen. Sie spielen darauf an, dass die Solarbranche selbst eine Reduzierung als Kompromiss angeboten hat. Ich sage an dieser Stelle und dabei bleibe ich und das werde ich auch immer wieder in diesem Landtag gebetsmühlenartig wiederholen: Deutschland benötigt auf dem Energiesektor einen grundlegenden Wechsel, denn die Energieproblematik ist zu einer zutiefst ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Frage geworden.

*(Beifall DIE LINKE)*

Langfristiges Ziel muss der völlige Ausstieg aus der Atomenergie und eine dezentrale Energieerzeugung und Energieversorgung durch einen Mix regenerativer Energien sein.

*(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)*

Dazu ist die Solarbranche ein wichtiger Baustein, die, wie der Sachverständigenrat im Bundestag empfohlen hat, mehr gefördert werden muss. Danke schön.

*(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)*